

## Deutschland.

□ **Berlin, 15. August.** Bezüglich der Friedensverhandlungen mit Baiern, welche wie auch die „Provinzial-Korrespondenz“ heute bestätigt, augenblicklich ins Stocken gerathen sind, ist mit allem Nachdrucke daran zu erinnern, daß Baiern an dem Kriege und an dem vergossenen Blute einen ganz besonders schweren Theil der Schuld trägt. Wiederholt hat Preußen der bayerischen Regierung die militärische und politische Leitung von Süddeutschland angetragen, und wäre dieselbe darauf eingegangen, so hätte Oesterreich in Deutschland keine Bundesgenossen gefunden, und schwerlich wäre es zu einem kriegerischen Konflikte gekommen. Aber Baiern zog es vor, sich mit dem Augustenburgerthume und mit der preußenfeindlichen Politik anderer Mittel- und Kleinstaaten zu identifizieren zu ermutigen, daß es fast alle deutschen Regierungen auf seiner Seite habe. Selbst nach der Schlacht bei Königgrätz suchte Preußen die bayerische Regierung zu Schritten zu bewegen, um weiteres Blutvergießen in Deutschland zu verhindern, — fand indes kein Gehör. Daß Baiern die Folgen einer solchen Verblendung und Hartnäckigkeit zu tragen haben wird, kann wohl nur Jedermann in der Ordnung finden, — befremden muß es uns, daß nach Allem, was geschehen, sich Baiern sträubt, jene Folgen auf sich zu nehmen.

Durch die Zeitungen geht das Gerücht, daß Se. Majestät der König sich demnächst nach Hannover begeben werde. An unrichtiger Stelle weiß man hier von einer derartigen Allerhöchsten Absicht nichts. Wohl aber ist von einer Reise Sr. Königl. Hoh. des Kronprinzen nach Hannover die Rede, — Näheres scheint jedoch in dieser Beziehung noch nicht bestimmt zu sein. — Wiener Blätter erzählen ihren Lesern, der König von Preußen habe in Prag vergessen, vor der Abreise seine Rechnung zu bezahlen. Es kommt allerdings bisweilen vor, daß dergleichen Rechnungen erst später durch das Hofmarschallamt berichtigt werden (was übrigens gerade nicht zum Schaden der Wirthe zu gereichen pflegt); im vorliegenden Falle handelt es sich jedoch um eine einfache Erleichterung. — Se. Majestät hat vor der Abreise aus Prag Alles pünktlich regeln lassen. — Die „Kreuz-Ztg.“ hat, in Veranlassung einer mehr als überflüssigen Bemerkung eines demokratischen Blattes den Umstand, daß Graf Bismarck bei Eröffnung des Landtages in Militär-Uniform erschienen, dadurch motivirt, daß dieses auf besonderen königlichen Befehl geschehen sei. Diese Erklärung ist nicht vollständig. Die Sache ist vielmehr diese: Graf Bismarck gehört dem königlichen Hauptquartier unmittelbar an. Auf Befehl Sr. Majestät bleibt aber das Hauptquartier überhaupt so lange in Uniform, bis es demobilisirt ist. Dies ist seither noch nicht geschehen.

**Berlin, 16. August.** Der König nahm gestern Vormittags die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pücker und Perponcher, des Geh. Rabinetsrathes Mähler und des Geh. Hofrathes Bock entgegen, und empfing hierauf den Major von Mutius und den Lieutenant Hayn, welche die Orden ihrer verstorbenen Väter überbrachten. Mittags 12 Uhr hielt der König, im Beisein des Kronprinzen, im Palais einen Ministerrath ab, der etwa drei Stunden dauerte. Nach Aufhebung der Tafel fuhren die Majestäten und der Kronprinz per Ertrazug nach Potsdam und stiegen der königlichen Wittve in Sanssouci einen Besuch ab. Die Königin Augusta verabschiedete sich und reiste mittelst des Courierzuges nebst Gefolge nach Koblenz ab. Der König und der Kronprinz kehrten darauf wieder nach Berlin zurück.

Der Kronprinz hat sich gestern Abends nach Schlessien begeben und wird dort im Schlosse Erdmannsdorf bis zur Rückkehr der Garde-Regimenter seinen Aufenthalt nehmen.

Bisher wurde, mit vereinzelten Ausnahmen, an der Bestimmung festgehalten, daß beim Aufrücken in die Stabsoffizierschargen das Anciennitätsverhältniß, in jeder Waffengattung für sich, durch Verweisung von einem zum andern Truppentheile möglichst ausgeglichen wurde. Wie verlautet, sollen durch eine königliche Ordre die während des jetzigen Krieges durch Tod u. eingetretene Balancen an Offizieren, vom Bataillons-Kommandeur abwärts, den einzelnen Truppentheilen beim Avancement zu gute kommen, so meldet der „Pol.“ Bei einzelnen Regimentern haben bereits nach diesem Modus Beförderungen stattgefunden.

An Stelle des verstorbenen General-Majors von Pfuhl ist, nach hiesigen Blättern, Oberst von Schaevenbach, Kommandeur des Kürassier-Regiments (Königin) Nr. 2, mit der Führung der 3. Kavallerie-Brigade betraut worden.

Wir haben gestern erwähnt, daß der Württembergische Minister von Barnbüler und Legationsrath von Spitzberg am Morgen nach Stuttgart zurückgekehrt seien, und daß der Friedensvertrag mit Württemberg vorgestern abgeschlossen sei. Diese Mittheilung können wir heute bestätigen. Nach der Kreuzzeitung hat Württemberg sich verpflichtet, an Preußen 8 Millionen Gulden zu zahlen, wovon 400,000 Thlr. als Ersatz für die Besetzung von Hohenzollern gerechnet sind. Auch das Großherzogthum Hessen-Darmstadt hat übernommen, eine Kontribution von 7 Millionen Gulden zu zahlen.

Aus Frankfurt a. M. sind gestern der Bürgermeister Müller und der Senator von Oden, deren Ankunft, wie wir gestern berichteten, erwartet wurde, hier eingetroffen. Dieselben wollen der Kommission von Bevollmächtigten des Handels- und des Finanzministeriums bei Abfassung ihres Gutachtens in Betreff der der Stadt Frankfurt auferlegten Kontribution mit Material zur Hand gehen.

Die Spenerische Zeitung schreibt: Es ist bekannt, daß die Friedensverhandlungen Preußens mit Baden und Württemberg so gut wie beendet, mit Baiern dagegen in Stocken gerathen sind.

Der Grund dieser Situation ist nicht unschwer zu errathen. Es werden jenen süddeutschen Staaten bedeutend leichtere Friedensbedingungen als Baiern gestellt sein. Preußen hat also aus der leidenschaftlich antinationalen Haltung Württembergs eben so wenig wie aus dem gewaltthätigen Zwange, den die Bevölkerung Badens im antipreußischen Sinne auf ihre Regierung ausübte, ein Motiv zur Verschärfung der Friedensbedingungen hergenommen. Preußischer Seite ist vielmehr Baiern als die Stütze der süddeutschen Coalition, als der stärkste Gegner ins Auge gefaßt, und darin liegt zugleich eine Anerkennung der Bedeutung Baierns. Baiern war der Führer Süddeutschlands und der Würzburger Coalition der That und dem politischen Rechte nach zu jeder Zeit. Ohne Baiern hätten die andern Glieder der Coalition keine Bedeutung, im Verein mit Baiern fühlten sie sich als Macht. Da verlangt denn die öffentliche Gerechtigkeit, daß nach dem Grundsätze noblesse oblige der Träger der Coalition auch die Verantwortung tragen, oder, wie man im gewöhnlichen Leben zu sagen pflegt, die Zeche bezahlen muß. Zur Zeit des untergegangenen Bundestages liebte man in München, den Herrn von Beust in den Vordergrund der Ereignisse zu schieben und Sachsen als den Leiter der Würzburger Coalition zu bezeichnen. Die Sache war indessen bloßer Schein. Herr von Beust bekante ohne Rückhalt in der letzten Session des sächsischen Abgeordnetenhauses kurz vor Ausbruch des Krieges, daß sich die Mittelstaaten der Leitung Baierns anvertraut hätten. Das war auch naturgemäß. Sachsen, von Preußen fast umschlossen, hätte ohne bayerische Anregung und Zusage der Hülfeleistung schwerlich den Muth einer antipreußischen, auf den Krieg hinführenden Politik gehabt. Ueberließ Baiern wirklich seine geborne Führerrolle des südwestlichen Deutschlands an Sachsen, so muß es selbstverständlich dennoch die Folgen dieser Abdikation tragen. Baiern darf sich am wenigsten in Betreff der Kriegsfolgen mit Württemberg, Baden oder Darmstadt vergleichen, welche unter dem Drucke der Drohung des vielmal stärkeren Baierns, Baden sogar unter der Drohung der Theilung zur Theilnahme am Kriege gegen Preußen genöthigt wurden. Baiern kann sich nur mit Sachsen in Parallele stellen und wenn es bei gleicher vielleicht noch größerer Schuld am Kriege als Sachsen, dennoch beim Frieden günstiger zu stehen kommt, als dieser Staat, so hat Baiern diesen Vortheil seiner geographischen Lage zu danken.

An Stelle des nach seiner Wahl zum Präsidenten ausgeschiedenen Abgeordneten v. Jordan bed ist gestern Abend der Abgeordnete Dr. Bender in den Vorstand der Fortschrittspartei gewählt worden.

Ueber die geheime Sitzung des Herrenhauses, welche am Montag der öffentlichen folgte, verlautet, daß ein Antrag der Matrikel-Kommission zur Berathung gelangt ist, dahin gehend: in Folge des bekannten Schreibens des Herrn Grafen Clemens von Westphalen, auf Haus Laer, denselben von der Mitgliedschaft des Hauses auszuschließen. Der Graf von Westphalen gehört bekanntlich zu den erblichen Mitgliedern des Hauses.

Der diesseitige Civil-Kommissarius in Dresden, v. Wurmb, hat sich am Dienstag Abend nach einer längeren Konferenz mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck auf seinen Posten zurückbegeben.

Der Oberbürgermeister Seydel hat bereits eine Deputation ernannt, welche sich damit beschäftigen soll, Vorschläge darüber zu machen, in welcher Art das Heer beim bevorstehenden Einzuge zu begrüßen und für die Invaliden und Hinterbliebenen zu sorgen sein würde. Bei der Kürze der Zeit sind diese Beratungen sehr beschleunigt, bereits zu Ende geführt und werden in der nächsten Magistrats-Sitzung zur Beschlußnahme gelangen können.

Das Konfistorium der Provinz Brandenburg hat angeordnet, daß die Taufzeugen (Patren) nicht eher in das Kirchenbuch eingetragen werden sollen, als bis der Prediger sich überzeugt hat, daß sie christlicher Religion, konfirmirt und bei der Taufe gegenwärtig sind. Abwesende müssen schriftlich die Verpflichtung der Taufzeugen übernehmen. Bei den Taufen sollen alle Diejenigen, die nicht Zeugen sind, aus der unmittelbaren Nähe des Täufelings entfernt werden, damit der Prediger die Uebersicht über die Zeugen behält.

Der Gouverneur von Hannover, General-Lieutenant von Voigts-Rheß, ist nicht nur einer unserer ausgezeichnetsten Militärs, sondern überhaupt ein Mann von großer Begabung und besonders auch von Geschäftsgewandtheit. Dort wie in den andern zur Einverleibung in Preußen bestimmten Ländern, wird es notwendig die erste Aufgabe der preußischen Verwaltung sein, sich in dem Beamtenpersonal willige und tüchtige Organe zu verschaffen und so alle öffentlichen Geschäfte wieder in völlig geregelten Gang zu bringen. Die in den Ländern vorhandenen Beamten werden sich also zunächst über die Stellung, welche sie dem preußischen Regiment gegenüber einzunehmen gedenken, schnell und bestimmt zu entschließen haben.

Daß unsere Regierung auch die Eventualität eines Winterfeldzuges nicht aus den Augen verliert, scheint daraus hervorzugehen, daß, wie das „N. N. B.“ schreibt, von ihr 200,000 Soldatenmäntel und ebenso viele Handschuhe bestellt worden sind.

Der Vorsitzende der Adress-Kommission, Präsident von Jordan bed, hat zum Referenten über die vorliegenden vier Adress-Entwürfe nebst Amendements den Abgeordneten Birchow, den Abgeordneten Graf Bethusy-Huc zum Korreferenten ernannt. Die Zahl der vorliegenden Entwürfe und die Thatfache, daß sich nicht nur die Fraktionen gegenübersehen, sondern daß auch keine der beiden großen liberalen Fraktionen in sich selbst zu einer vollen Verständigung über einen Entwurf gelangen konnte, lassen ein Urtheil über die endliche Entscheidung des Hauses heute um so weniger zu, da wir bis jetzt die Vereinigung der Fortschrittspartei und

des linken Centrums mit den Polen als die einzige Chance für das Zustandekommen einer Majorität im Abgeordnetenhaus kennen, und eine Verständigung dieser drei Faktoren in allen ihren Theilen kaum erwartet werden darf. Von den Polen ist anzunehmen, daß sie ein Amendement einbringen werden, in welchem sie auf Grund des siegreichen Krieges für die deutsche Einheit Ansprüche für ihre Nationalität erheben und daß sie sich dem Entwurfe derjenigen Fraktion anschließen, die sich für dies Amendement gewinnen läßt. Dem Referenten, Abgeordneten Birchow, fällt also die schwere Aufgabe zu, event. einen neuen Entwurf zu redigiren, dem ein besseres Schicksal im Hause bevorsteht, als es jedem einzelnen der vier vorliegenden Adressentwürfe vorherzusagen ist, und man darf annehmen, daß eine solche Vorlage bereits morgen in der ersten Sitzung der Adress-Kommission erfolgen wird.

Für den gestern von dem Finanz-Minister eingebrachten Gesetz-Entwurf, betreffend die Ertheilung der Indemnität für die budgetlose Periode und ferner für die Ertheilung eines Kredits von 154,000,000 Thaler für das laufende Jahr sind in der Budgetkommission zu Referenten und Korreferenten ernannt: für den Art. 1 der Vorlage die Abgeordneten Twesten und Graf von Kleist, für den Artikel 2 die Abgeordneten v. Soverbeck und v. Köller.

(Haus der Abgeordneten.) Die Kommission zur Prüfung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die außerordentlichen Geldbedürfnisse der Kriegs- und Marine-Verwaltung, besteht aus folgenden Mitgliedern: von Jordan bed, Runge, Rücker, Hagen, Plehn, Rumpff, Stavenhagen, Dr. Jacoby, Röpell, von Brandt, von Waldow-Neigenstein, von Lingenthal, Cornely, von Baerß, Dr. Michaelis, Eberty, von Flottwell, Hübner, Birchow, Hoppe und Windelmann. Vorsitzender ist der Abgeordnete Stavenhagen, dessen Stellvertreter von Baerß, Schriftführer Cornely und dessen Stellvertreter von Flottwell.

Die heute im Abgeordnetenhaus gewählte Kommission zur Prüfung des Reichstags-Wahlgesetzes besteht aus folgenden Mitgliedern: Löwe (Calbe), Twesten, Kraß (Glabbach), Lette, Lefse, Thomßen, John (Labiaw), Fress, Reichenperger, Bode, v. Spankeren, Richter, Hinrichs, Paur, Grote, v. Carlowitz, Simson, Hammacher, Pauli, Kalau v. d. Hofe und Schwarz. Vorsitzender ist der Abg. Simson, dessen Stellvertreter der Abg. Löwe, Schriftführer der Abg. Pauli.

Die Wahl eines Mitgliedes für die Matrikel-Kommission ist auf Herrn v. Kröcher gefallen.

**Dstrowo, 13. August.** Vor bereits 14 Tagen reiste der Graf v. Storzewski aus Lubostron, notorischer Verfechter der hiesigen (Abelnauer) Kreise belegenden Herrschaft Raszkowel, ein Mann von 20 Jahren, zum Vergnügen von Dstrowo nach Kalisch. Obwohl mit der nöthigen Legitimation versehen, wurde er sogleich auf dem russischen Grenzzollamte Szczyporno angehalten, festgenommen und nach Kalisch transportirt, woselbst er noch immer festgehalten wird. Der Grund seiner Arretirung in Szczyporno ist der, daß in dem sogenannten schwarzen Buche — einer Liste aller derjenigen Personen, welche irgendwie verdächtig sind, an Insurrektionen in Polen theilgenommen zu haben — welches auf allen Grenzämtern sich vorfindet, ein von Storzewski, als ein Mann von 35 Jahren, als suspekt verzeichnet ist. Es ist sofort nach erfolgter Transportation nach Kalisch von Beamten auf dem Gute Raszkowel der Versuch gemacht worden, die Freilassung des jungen Grafen zu bewirken, indem die betreffenden Beamten mit dem nöthigen Attest des königlichen Landrathamtes hier selbst über die politische Unbescholtenheit des Grafen nach Kalisch reisten und sich dort für denselben verwendeten. Vergeblich. In Kalisch erachtete man sich nicht für competent, über den Vorfall Entscheidung zu treffen, weshalb nach Warschau berichtet worden ist, ohne daß bisher eine Entscheidung von dorther eingetroffen. Das königliche Landrathsamte hier selbst hat wiederholt bei der betreffenden Behörde in Kalisch amtlich angefragt, weshalb der Graf v. Storzewski verhaftet sei. Keine Antwort. — Es wäre dringend nöthig, daß die königliche Regierung energische Schritte unternähme, um in Zukunft zu verhüten, daß preußische Unterthanen jenseit der Prozna, wohin allerdings sprichwörtlich der Arm der Gerechtigkeit nicht reicht, ohne alles Recht ihrer Freiheit beraubt und eingekerkert werden. (Pos. Ztg.)

**Kiel, 14. August.** Die preußische Flottille unter Admiral Jachmanns Kommando ging gestern wieder von hier nach Eckernförde. Die Kriegsbrigg „Rober“ legte von Friedrichsort in den inneren Hafen. Glücklicherweise hat sich die erste alarmirende Nachricht über die am Bord ausgebrochene Cholera in der besürchteten Ausdehnung nicht bestätigt. Seit dem einen auf See am 1. August vorgekommenen Fall ist kein weiterer auf dem Schiffe vorgekommen. (S. N.)

**Dresden, 14. August.** Es ist erklärlich, daß bei der ungewissen Zukunft Sachsens die Gemüther hier mehr als irgendwo gespannt sind und diese Spannung täglich wächst. Von der kleinen preußenfreundlichen Partei ist die Hoffnung auf Einverleibung in Preußen immer noch nicht aufgegeben. Die Gegner aber rechnen jetzt wieder stark auf Frankreich und versprechen sich von einem neu ausbrechenden Kriege eine vollständige Reetablirung der Wettiner. Bei der erhitzten Phantasie dieser Leute darf man sich nicht wundern, daß sie die sächsische Armee schon unterwegs nach Frankreich wissen, um auch von dieser Seite gegen Preußen zu kämpfen. Das „D. Z.“ veröffentlicht heute die offizielle Verlust- und die Ordensliste der sächsischen Truppen. Die erstere entspricht wenig den Erwartungen der nächstbetheiligten, da theils schon Unrichtigkeiten bemerkt sind, theils Vieles unbestimmt gelassen ist. Man giebt den mangelhaften Sanitätseinrichtungen der sächsischen Armee die Hauptschuld. Die Ordensliste ist desto genauer und vollständiger, über-

